Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt" erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags einmal. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Hollands), Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur p. Kreuzband durch d. Expedition d. Bl. möglich. In Berlin abonniert man bei d. Haupt-Expedition, SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 103; Potsdamerstr. 33; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Gr. Frankfurterstr. 33; Petersburgerstr. 2; Mittenwalderstr. 6; Sorauerstr. 20; Nykestr. 32; Gerichtstr. 14; Schöneberg, Vorbergstr. 8; Charlottenburg, Kantstr. 34; Rixdorf, Prinz Handjerystr. 83/84; Pankow, Berlinerstr. 13 b.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis für das „Berliner Tageblatt" u. „Handels-Zeitung", sowie das illustr. Witzblatt „ULK", die feuillet. Montags-Ausg. „Zeitgeist", die „Technische Rundschau", die illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel" und „Haus Hof Garten" durch die Post bezog. vierteljährlich 6 M., Ausland exkl. Postaufschlag; für Berlin bei tägl. zweimal. Zustell. monatl. 2 M., vierteljährl. 6 M. Direkt unter Kreuzbd. vierteljährl.: fürs Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Inserate à Zeile 70 Pf. („General-Anzeiger" 40 Pf.) werd. i. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, sowie der. Filialen: Leipzigerstr. 108, Ecke Friedrichstr.; Potsdamerstr. 33; Königstraße 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Gr. Frankfurterstraße 33; Charlottenburg, Kantstr. 34; Rixdorf, Pr. Handjerystr. 83/84, angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Nr. 513
36. Jahrgang

Mittwoch
9. Oktober 1907

Hierzu die Wochenbeilage Technische Rundschau No. 41.

Dynastische Aengste.

Die patriotische Ueberernährung der letzten Jahrzehnte hat uns vielfach gehindert, die Dinge in ihrem natürlichen Zusammenhange zu betrachten. Es ist allmählich im neuen Deutschen Reich zu einer Art von Dogma geworden, daß Deutschland in der Welt voran geht, und daß an deutschem Wesen noch einmal die Welt genesen wird. Dabei läßt sich doch nicht verhehlen, daß die übrigen Kulturnationen gerade gegenwärtig nicht die geringste Neigung verspüren, die deutsche Medizin zu versuchen; ja, prüft man die Dinge mit aller Nüchternheit, dann findet man, daß der Respekt des Auslandes vor deutschem Wesen in den letzten Jahren in einem recht bedenklichen Rückgange begriffen ist. Selbst auf die Gefahr hin, durch die Feststellung dieser betrübenden Tatsache irgendwo Anstoß zu erregen, darf man die Augen der wirklichen Lage nicht verschließen. Es mag peinlich sein, aber es ist notwendig, gerade in einer prekären Situation offen auszusprechen, wie unsere Zustände heute wirklich sind.

Es ist nicht zufällig, daß der erste Warnungsruf aus Süddeutschland, und zwar aus dem badischen Musterländchen erklungen ist. Der Heidelberger Professor Max Weber hat auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Magdeburg mit bemerkenswertem Freimut ausgesprochen, daß unser Ansehen als Nation und Kulturmacht draußen von Stufe zu Stufe sinke; es beginne das für uns direkt gefährlich zu werden. Aber Herr Weber tat noch mehr; er suchte auch den Gründen dieser bedenklichen Erscheinung nachzuspüren, und er glaubte sie in dem Fehlen desjenigen Maßes von Freiheit im Inneren, dessen sich andere Länder erfreuen, gefunden zu haben. Nach der Meinung Webers ist es dieser Mangel, der uns in den Augen des Auslandes herabsetzt und uns sogar bündnisunfähig macht. Einen Fortschritt, der uns zur Wiedererwerbung der verlorenen Weltstellung behilflich sein würde, sieht Weber in der Gewährung der Gleichberechtigung an die Arbeiter als Stand.

„Dynastische Aengste" sind nach Webers Meinung in letzter Linie für die schlimme Situation des Deutschen Reiches verantwortlich zu machen. Dieses freimütige Bekenntnis des Heidelberger Professors, der offenbar noch nicht zu den „müden Seelen" vom Schlage Sombarts gehört, hat ihm natürlich mit einem Schlage sämtliche Sympathien der leitenden Personen und ihrer Presse verscherzt. Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg." kann sich denn auch in den Aeußerungen ihrer Entrüstung über Herrn Weber nicht genug tun. Sie bezeichnet seine Behauptungen als „völlig deplaciert", „unrichtig", „töricht" und „politisch überaus taktlos"; natürlich, ganz besonders taktlos! Wie kann man auch so etwas sagen! Solche Ketzereien darf man doch höchstens denken! Ja, das offiziöse Blatt stellt die ernste Frage, ob der Verein für Sozialpolitik noch „auf der Höhe seiner Aufgabe steht, wenn ihm Herr Weber solche Behauptungen „aufzutischen" wagt, ohne daß er ausgelacht wird.

Die in Magdeburg versammelten Mitglieder des Vereins für Socialpolitik haben über die Ausführungen des Herrn Weber nicht gelacht; wir vermuten, daß man auch im Lande nicht geneigt sein wird, zu lachen. Warum sollte man auch heiter sein, wo die Dinge viel eher sehr ernst geworden sind. Das Rezept des Prinzen Jerome: „Morgen wieder lustik!" entspricht ohnehin nicht der deutschen Art. Und am wenigsten paßt es auf eine Situation, die von jedem ernsten Politiker Besonnenheit und Kritik fordert. Dabei müssen wir allerdings betonen, daß man von politischem Takt so wenig wie möglich sprechen und ihn noch weniger als Bedingung stellen sollte. Wahrheitsliebe ist mehr als Takt, weil der Takt nur zu leicht die offene Aussprache dessen, was nottut, verhindert. Ein Arzt, der aus Taktgefühl nicht die richtige Diagnose in einem Krankheitsfalle zu stellen wagte, wäre ein schlechter Arzt. Es kommt nicht darauf an, ob die Weberschen Aeußerungen taktvoll oder taktlos waren, sondern ob sie den Nagel auf den Kopf trafen.

Hat Herr Weber unrecht, wenn er das Fehlen desjenigen Maßes von Freiheit, dessen sich andere Länder erfreuen, im Deutschen Reich vermißt? Gewiß, wir haben im Reich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht und damit, rein äußerlich genommen, selbst vor Ländern wie England etwas voraus. Nur sollen wir doch nicht leugnen wollen, daß dieses Reichstagswahlrecht durch die veraltete Wahlkreiseinteilung an seiner vollen Wirkung gehindert wird. Aber das Maß politischer Freiheit wird ja überhaupt nur zum kleinsten Teil durch das Reich, zum weitaus größten Teil durch die einzelnen Bundesstaaten bemessen. Hier aber braucht man sich nur die preußischen Verhältnisse etwas genauer anzusehen, um zu erkennen, daß Professor Weber im wesentlichen mit seinen Behauptungen im Recht ist. Oder ist es vielleicht nicht die Polizei, die den preußischen Staatsbürger in allen seinen Lebensäußerungen am Gängelbande führt? Ist es nicht die Bureaukratie, die jede freiheitliche Regung der Masse des Volkes unwillig abwehrt? Haben wir nicht ein engherziges und kleinliches Vereinsgesetz? Ist die Freiheit der Städte mehr als ein schöner Traum? Steht die Volksschule nicht unter dem Druck von Bureaukratie und Klerus? Das alles sind doch Tatsachen, die man nicht aus der Welt schafft, wenn man ihren Kritiker auslacht.

Im Reich ist gerade durch den Druck, den die im Bundesrat und in der Reichsregierung ausschlaggebenden Einzelstaaten ausüben, bisher gleichfalls jeder freiheitliche Hauch ertötet worden. Wir haben noch immer das elende Preßgesetz, wir haben ein höchst mangelhaftes Koalitionsrecht der Arbeiter; die Justizreform, so oft sie auch versprochen ist, soll doch erst noch kommen. Der Redakteur wird noch immer wegen Zeugnisverweigerung eingelocht. Gewiß, es soll anders und besser werden; Fürst Bülow fühlt die Brust von Reformeifer geschwellt. Aber vorläufig ist das alles Zukunftsmusik; und gerade daß die Regierung reformieren will, daß sie beabsichtigt, den Staatsbürgern dasjenige Maß von Freiheit zu schaffen, dessen sich andere Länder erfreuen, beweist doch am besten, wie recht Professor Weber mit seinen Behauptungen hat.

Man mag den Blick hinwenden, wohin man will; man mag beim Gesinderecht einsetzen oder bei der Rechtsprechung oder beim Wahlrecht in den Einzelstaaten, oder bei der Offizierswahl, oder bei der Auswahl unserer Verwaltungsbeamten im Inlande oder bei der Besetzung unserer diplomatischen Stellen im Auslande — überall trifft man auf Klassenrecht und Kastenunterschiede; aber vom Rechte, das mit uns geboren ist, von dem ist leider nie die Frage. Und selbst wenn der Preuße sich am Ende seiner irdischen Wallfahrt verbrennen lassen möchte, dann dekretieren noch seine frommen Minister, daß er sich begraben lassen muß. Es ist wirklich etwas kühn, von einem geduldigen Staatsbürger, der alle Mängel des Staates, alle Beschränkung der persönlichen Freiheit schlucken muß, auch noch zu verlangen, daß er die Kritiker des herrschenden Systems auslachen soll.

Aber auch darin scheint uns Professor Weber recht zu haben, daß er das Sinken unseres Ansehens als Nation und Kulturmacht in einer Verknüpfung der inneren Politik mit den wechselnden Stimmungen einzelner Dynastien gefunden zu haben glaubt. Er rührt hier an das bedenkliche Kapitel des Kryptoabsolutismus, der unsere heutige politische Lage kennzeichnet. Ueber solche absolutistischen Velleitäten hat man noch vor Jahresfrist selbst in nationalliberalen Kreisen sehr ärgerlich geurteilt, und selbst Fürst Bülow hat gelegentlich, wenn auch in vorsichtigster Form, über die höfische Kamarilla sich beklagt. Unterdessen hat sich zwar die politische Lage verschoben; aber wir wüßten nicht, daß sich deshalb auch der eigentliche Grund der Weberschen Bedenken geändert hätte. Wir wollen deshalb noch nicht einmal behaupten, daß der Absolutismus selbst an den Fehlern schuld ist, die man ihm in die Schuhe zu schieben sucht; es ist viel häufiger so, daß einzelne Staatsmänner hinter dem Rücken des Monarchen für ihre mangelhaften Leistungen Schutz suchen; aber schon, daß man so oft im Reich und in Preußen nicht weiß, wer eigentlich Koch und wer Kellner ist, verwirrt die Lage in unheilvoller Weise. Ein großes Reich, das ein Kulturvolk repräsentieren will, darf eben nicht von dynastischen Stimmungen und Verstimmungen abhängig sein.

Mit den dynastischen Aengsten liegen die Dinge vielleicht ähnlich. Der Kaiser hat in diesem Winter, als die Wahlen eine Niederlage der Sozialdemokratie gebracht hatten, der optimistischen Meinung Ausdruck gegeben, man habe jetzt die Kunst gelernt, den Feind zu schlagen, und sei gewillt, sie fürder noch zu üben. Das spricht nicht gerade dafür, daß der Kaiser irgendwelche — nach Lage der Dinge völlig unbegründete — Besorgnisse um seine Dynastie hegte. Er hat auch sonst, wenn er sich auch gelegentlich über die „Nörgeler" beklagte oder gegen einzelne Parteien noch schärfere Ausdrücke gebrauchte, den guten Willen und nationalen Sinn des deutschen Volkes anerkannt. Soweit also das Unkraut des Mißtrauens zwischen Fürst und Volk gesät wurde, braucht man durchaus noch nicht anzunehmen, daß die Fürsten immer selbst daran schuld seien. Auch hier findet man nur zu oft, daß allerlei unverantwortliche Einflüsse mitgewirkt haben. Wenn in den Beziehungen beider Teile manches nicht stimmt, so liegen die Gründe häufig an dritter Stelle, und in den meisten Fällen dort, wo die Nebenregierung nicht ausgeschaltet wurde.

An diesem Punkte muß deshalb auch eingesetzt werden. Man wird den Menschen, auch den Fürsten nicht abgewöhnen können, daß sie wechselnden Stimmungen unterworfen sind. Das hängt nun einmal mit der Unvollkommenheit der menschlichen Natur zusammen. Wohl aber kann man verhüten, daß diese „wechselnden Stimmungen" die Reichspolitik beeinflussen, und zwar ebenso sehr die auswärtige wie die innere. Dieses Ziel läßt sich aber nicht anders erreichen, als indem der Schritt zum wirklichen Verfassungsstaat heute überall im Reiche und ganz besonders in Preußen getan wird. Daß dazu auch die volle Gleichberechtigung der Arbeiter gehört, auf die Herr Weber ausdrücklich hinwies, versteht sich von selbst. Ein solcher Schritt würde den Fürsten nicht im geringsten zu nahe treten. Im Gegenteil, erst dann würde der konstitutionelle Grundsatz, daß der König kein Unrecht tun kann, seine volle Ausdehnung erhalten. Nur die Klassen und Cliquen, die heute das Ohr des Fürsten für sich zu gewinnen suchen, würden dann zur Ohnmacht verurteilt sein, was aber im Interesse der Gesamtheit gewiß nicht zu bedauern wäre.

Ob wir dazu kommen werden, das hängt zuerst und zuletzt von dem entschlossenen Willen des Volkes ab. Und um diesen Willen zu wecken, dazu kann nichts besser helfen, als daß man die Dinge kennzeichnet, wie sie sind. Professor Weber hat das an seinem Teile getan; dafür gebührt ihm volle Anerkennung. Aber neben dem Treiben der unverantwortlichen Kreise, die den Fürsten ihre dynastischen Aengste zu soufflieren suchen, kann für einen gesunden Aufschwung des Volkes wie für die Steigerung seines Ansehens in der Welt nichts verhängnisvoller sein, als wenn die offiziösen Federn sich bemühen, die ehrlichen Warner lächerlich zu machen. Es ist ohnehin so oft das Unglück der Könige gewesen, daß sie die Wahrheit nicht hören wollten. Es ist vielleicht kein geringeres Unglück, daß sich die Soldschreiber der Regierung dazu hergeben, den Fürsten blauen Dunst vorzumachen.

---

* Die in einigen Blättern verbreitete Nachricht, die Regierung wolle von der Einbringung der **Enteignungsvorlage** Abstand nehmen, da die Konservativen auf keinen Fall dafür zu haben sein würden, wird uns von gut unterrichteter Seite als irrig bezeichnet. In Regierungskreisen ist man vielmehr der Meinung, daß gerade die äußerste Rechte alles tun werde, was man von ihr „zum Schutze des Deutschtums in der Ostmark" fordern werde. Widerstand erwartet man nun von den Freisinnigen. Man befürchtet sogar, daß die Freisinnigen ein solches Ausnahmegesetz mit dem Austritt aus dem Block beantworten könnten, und die Frage ist infolgedessen zurzeit nur die, ob die Regierung mit Rücksicht auf die Reichspolitik den Block einer derartigen Belastungsprobe aussetzen wird. — Im Zusammenhang mit der neuen Polenvorlage und mit der bereits angekündigten antipolnischen Ausnahmebestimmung im neuen Vereinsgesetz ist auch von einer **Preßgesetznovelle** die Rede, die angeblich die Bestimmung enthalten werde, daß Blätter, die in fremder Sprache auf deutschem Reichsgebiete erscheinen, als Auslandsblätter behandelt werden sollen. Auch diese Nachricht trifft nicht zu. Einer derartigen Bestimmung müßte eine Aenderung der Reichsverfassung vorangehen, an die man, wie uns versichert wird, in Regierungskreisen keinen Augenblick gedacht hat. Wie wir endlich aus derselben Quelle hören, ist leider auch bezüglich des **Zeugniszwanges der Redakteure** in absehbarer Zeit an eine gesetzliche Aenderung nicht zu denken. Zuständigerseits ist man dieser Frage überhaupt noch nicht nähergetreten.

---

* In der Provinzpresse wird wieder einmal die Nachricht kolportiert, der Staatssekretär des Reichsjustizamtes, **Nieberding** wolle demissionieren. Nach unseren Informationen trifft diese Nachricht nicht zu. Wohl hat Herr Nieberding sich im letzten Frühjahr ernstlich mit Rücktrittsgedanken getragen, die Schwierigkeiten, die sich damals herausgestellt hatten, haben sich aber inzwischen ausgleichen lassen.

St. Helena.

In dem heute hier eingetroffenen **neuesten Heft der** Londoner „National-Review" verlangt der britische Admiral Sir Edmund Fremantle mit großem imperialistischem Elan und fast romantischem Schwunge, daß das britische Imperium auch seinem kleinsten Außenfort den stärksten Schutz gewähren müsse, den zu gewähren in seiner Macht steht. Selbst wenn der Lauf der Weltgeschichte es unwichtig gemacht habe und seine politische Bedeutung verblaßt sei, habe das Reich die moralische Pflicht, es weiter zu halten und zu stützen. Er knüpft diese Forderungen an die Tatsache, daß jetzt die gesamte Garnison aus dem berühmten Felseneiland St. Helena zurückgezogen und St. Helena selbst damit vom britischen Reiche so gut wie aufgegeben sei. Admiral Fremantle schreibt:

„Die Insel St. Helena soll also ohne Schutz bleiben trotz der heftigsten Einsprüche des St. Helena-Comités. Freilich: das steht im ersten Einklang mit den Ansichten der modernen Strategie. Wir müssen uns konzentrieren, heißt es, und die Außenstationen haben sich dem zu fügen.

Da ist es denn ganz vergnüglich, einmal Sir John Colombs Antwort auf die Fragen des St. Helena-Comités zu lesen, die das Schwanken unserer Politik so recht zeigt. Er sagt, daß er vor Jahren vergeblich für einen nur mäßigen Aufwand zum Schutze der Kohlenstationen plädiert habe, unter denen auch St. Helena gewesen sei. Im Gegenteil, man ging zu ganz extremen Verteidigungsmaßregeln über. „Den Rest meines Lebens", sagt Sir John, „habe ich damit verbracht, gegen die Verschwendung für Kohlenstationen zu protestieren . . . und erst jetzt hat man plötzlich das ganze Verfahren geändert."

Das genügt wohl, um unsere Kaleidoskoppolitik betreffs der Kohlenstationen nachzuweisen. Die imperiale Verantwortlichkeit scheint eben überhaupt recht leicht auf den Schultern unserer modernen Regierung zu lasten: ist doch die britische Flagge jetzt fast ganz aus dem Pazifik und Südamerika zurückgezogen, und war doch bei dem Erdbeben von Valparaiso, während ein französischer